

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944
1922

485 (19.10.1922) Abendausgabe

Berund-Breite:
In Karlsruhe: Am Verlags- und in den Zweigstellen abzuholt monatlich M. 195.—, frei ins Haus geleistet M. 210.—.
Anzeige: Von unseren Agenten bezogen M. 210.— Durch die Post einzeln Postkartenbrief M. 210.— Einzelnummer bis 4 Seiten M. 5.— über 4 Seiten M. 6.—

Angaben:
Die Post Abonnement M. 26.— auswärtig M. 36.— Steuerabgabe u. Gewinnsteuer M. 120.— an 1. Stelle M. 185.— Bei Wiederholung doppelter Rabatt der Nichtbenutzung des zweiten bei geringerer Betriebszeit u. Konturen außer Stadt ertritt. Die Abnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Beleger keine Ansprüche bei verhindertem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Badische Presse

Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitete Zeitung Badens

Beilagen: Sportblatt / Technik u. Industrie / Frauenzeitung / Steuer-Kundschau / Kind u. Garten / Reise- u. Bäderzeitung / Volln. Heimat

Eigenamt und Verlag von
Ferd. Ebler-Garten.

Überredakteur:

Dr. Walther Schneider.

Verantwortliche Redakteure:

Dr. W. Schneider; für badische Politik;

Dr. Holzinger; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung; A. Kudolph; für lokale Angelegenheiten und Sport;

M. Böckeler; für die Handelszeitung;

H. Dröse; für die Anzeigen;

A. Andersdorfer, alle in Karlsruhe

Berliner Redaktion:

Dr. Kurt Meiger.

Geschäftsstelle:

Nr. 86.

Redaktion: Nr. 309 und 319.

Geschäftsstelle:

Birkel- und Lammstraße-Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.

Postleitzettel-Nr.: Karlsruhe Nr. 8330.

Geschäftsstelle:

Nr. 86.

Redaktion: Nr. 309 und 319.

Geschäftsstelle:

Birkel- und Lammstraße-Ecke, nächst Kaiserstraße und Marktplatz.

Postleitzettel-Nr.: Karlsruhe Nr. 8330.

Bor der Entscheidung in England.

Um die zukünftige Politik Englands

Die entscheidende Sitzung der Konservativen. —

Die Wahrscheinlichkeit der Neuwahlen.

London, 19. Okt. (Drahimeldung unseres Berichterstatters.) Das ganze Interesse der englischen Öffentlichkeit richtet sich auf die heutige stattfindende Versammlung der konservativen Unterhausmitglieder, von deren Ergebnis nicht nur die weitere Entwicklung der Regierungskräfte abhängt, sondern durch die bis zu einem gewissen Grade die ganze innere Politik Englands für die nächste Zukunft bestimmt werden dürfte. Die Versammlung wird, wie wir bereits berichtet haben darüber zu entscheiden haben, ob sie sich für oder gegen den weiteren Bestand der Koalition ausspielen soll. Spricht sie die Wahlen machen und am Samstag die Auflösung des Parlaments ankündigen, Entscheidet die Versammlung im entgegengesetzten Sinne, so wird der konservative Führer Chamberlain demissionieren, was aller Wahrscheinlichkeit nach die Demission des ganzen Kabinetts zur Folge haben dürfte. Auch eine neue Regierung, ganz gleich von wem sie gestellt wird, wird sofort das Land befragen müssen, sodass also in beiden Fällen Neuwahlen mit bestimmter Sicherheit zu erwarten sind. Für den Ausgang der heutigen Versammlung wird sehr viel von der Haltung Bonar Laws, der als Gegner der Koalition gilt.

Die Orientfrage.

Paris, 19. Okt. (Eigener Drahbericht.) Neben der offiziellen Stellung der französischen Regierung zu der von England lancierten Vorloneiern verdient die Haltung, die der "Temps" in einem Artikel einnimmt, einige Beachtung. Das Blatt malt die Nachteile der Vorloneiern aus, darunter namentlich den, dass die Ententemächte nicht die gleichen wirtschaftlichen und finanziellen Interessen im nahen Osten haben: Frankreich und Italien haben auf türkischem Gebiete nur Privatunternehmungen und Privatkapital zu schützen. Die britische Regierung dagegen, die Bevölkerung der Meere, verbindet jede wirtschaftliche und finanzielle Ausbreitung unvermeidlich mit der Idee einer militärischen und politischen Herrschaft. England will sich in Kombinationen verlieren, die der Unabhängigkeit der Türkei entgegenstehen. Frankreich und Italien werden dabei nicht militärisch können. Über solche Differenzen unterhält man sich aber besser hinter den Kulissen als in einer öffentlichen Konfrontation. Die Aussführungen des "Temps" werden noch dadurch interessant, dass der Artikelrezipient hinzufügt: "Ich habe Grund zu der Annahme, dass die französische Regierung diese Bedenken kennt, doch über Herr Poincaré keine Gelegenheit vorüberzieht, zu verhandeln, selbst nicht nach den Verhandlungen, die Lord George in seiner letzten Rede gegenüber Frankreich ausgesprochen hat."

Paris, 19. Okt. (Eigener Drahbericht.) Der englische Vorschlag zur Einberufung einer Sachverständigenkonferenz für den Osten ist von Italien angenommen worden. Der französische Vorschlag, die Konferenz in Paris abzuhalten, ist, wie das "Journal des Débats" erfährt, nicht als Bedingung anzunehmen. Bei den Verhandlungen der Westmächte, die noch keine Beihilfe für die Friedenskonferenz fassen sollen, könnte die Wahl des Ortes den Türken gleichgültig sein.

Die Lage in Thraxien.

Vor dem Einzug der feministischen Gendarmerie in Konstantinopel.

London, 19. Okt. (Drahimeldung unseres Berichterstatters.) In Konstantinopel erwartet man in türkischer Frei das Eintreffen der ersten Abteilung der für die zu besetzenden Gebiete bestimmten türkischen Gendarmerie. Zu ihren Ehren hat die Hauptstadt gesegnet. In mehreren Städten sind große Triumphbogen errichtet worden. "New-York Herald" meldet aus Adrianopel, dass die Stadt vollkommen verödet sei. Als die französischen Truppen eindrückten, sandten sie die Händler fest verschlossen. Die Griechen und Armenier flüchten aus Angst vor den Türken und wendeten sich mit ihrer Habe und mit ihren Viehherden zunächst nach den Häfen am Marmarameer, besonders nach Rodos, wo sie hoffen, eine Überfahrtsgeschäftigkeit zu finden. Dort weilen schon 15.000 Flüchtlinge, welche große Not leiden. Man befürchtet den Ausbruch von Epidemien.

Rückführung englischer Streitkräfte von den Dardanellen.

Paris, 19. Okt. (Drahimeldung unseres Berichterstatters.) Die Engländer haben mit der Rückführung ihrer Streitkräfte aus den Dardanellen begonnen. Im Laufe des gestrigen Tages sind bereits fünf englische Kriegsschiffe nach Malta zurückgekehrt.

Destreichs Geldbedarf.

Wien, 19. Okt. (Drahimeldung unseres Berichterstatters.) Wie bereits gestern berichtet, hat der österreichische Finanzminister mit den Wiener Banken eine Beprechung abgehalten über die staatliche Haftauftrag bis zum Ende dieses Jahres. Der Finanzminister benötigt 120 Millionen Goldkronen. Dafür stehen ihm im ganzen 100 Millionen Goldkronen zur Verfügung. Den Rest von 25 bis 30 Millionen Goldkronen sollen die Wiener Banken der Regierung in Form einer vom Staat zu garantierenden Schatzscheinenanlage zur Verfügung stellen. Der Minister berief sich bei seinem Verlangen darauf, dass die Banken seinerzeit für die Notenbank 24 Millionen Schweizer Franken gezeichnet hätten, welche infolge der Aenderung des Notenbankprojekts nun nicht mehr in Anspruch genommen würden. Die Banken verhielten sich gegen ziemlich ablehnend gegenüber einer solchen Festlegung ihrer Mittel auf längere Zeit. Es wird aber mit Wahrscheinlichkeit angenommen, dass sich solch eine Vereinbarung wird treffen lassen.

Die Regierungskrise in Italien.

Rom, 19. Okt. (Eigener Drahbericht.) Zwischen der Giolitti-Partei und der Faschistenpartei sind Verhandlungen eingeleitet, wonach Mussolini gegebenenfalls in ein künftiges Giolitti-Kabinett eintreten soll, dem außer den beiden genannten Parteien auch die Partei Orlandi angeschlossen werde. Das Kabinett de Facta gilt als nah zu erledigt. Aller Augen richten sich jetzt nunmehr auf die große Heerschau der Faschisten in Neapel, die auch die parlamentarische Pause stark beeinflussen dürfte.

Ulmshau.

19. Oktober 1922.

Am Sonntag in vier Wochen sind in unserer engeren Heimat Gemeindewahlen, die von den einzelnen Parteien und wirtschaftlichen Gruppen eben vorbereitet werden. Haben wir um die gleiche Zeit des Vorjahrs vor den Wahlen zum Badischen Landtag immer wieder die Forderung erhoben, für die gesetzgebende Vertretung des badischen Volkes müssen die besten Männer und Frauen, die fähigsten Köpfe des ganzen Landes ausgewählt werden, so müssen wir diese Forderung nun von neuem erheben und verlangen, für die Gemeindeparlamente müssen die tüchtigsten und kennzeichnendsten Kandidaten ausgewählt werden, denn auch in diesen Körperschaften, im Stadtrat und im Stadtoberordnetenkollegium, können wir heute nur Kräfte gebrauchen, die in der Wirtschaftspolitik Erfolg haben. Untere großen Städte stehen vor dem finanziellen Zusammenbruch. Das ist eine nahezu unabwendbare Tatjache, wie wir im Einzelnen noch näher darlegen werden. Der Friedensvertrag droht nicht nur das Reich zu erwidern, er droht auch den Gemeinden den Hals ab. Eine Folge dieses wahnsinnigen aller Verträge, die je menschliche Unvernunft, Hochmachtur zu Wege gebracht, ist bekanntlich die immer mehr zunehmende Geldentwertung, die Folge davon: erneutes Steigen der Preise aller zum Leben notwendigen Gegenstände, Erhöhung der Gehälter und Löhne. Die von uns und anderen schon unmittelbar nach dem unglücklichen Ausgang des Weltkrieges vorausgesehne gänzliche Verarmung des deutschen Volkes, an die breite Schichten unserer Bevölkerung all die langen Jahre her nie recht glauben wollten, zieht von Tag zu Tag größere Kreise, dehnt sich täglich, so fort ständig immer weiter aus und verfestigt in erster Linie die Befreiung und Eroberung unseres Reiches.

Für die Städte, für die Gemeinden bedeutet der Zerfall des deutschen Reichs — eine Papiermark hat heute bei einem Dollarstand von über 3000 Mark kaum mehr den Wert von 1/4 Kupferpfennig in der Friedenszeit — in erster Linie die Zerrümmerung des Mittelstandes und zwar desselben Mittelstandes, der, gestützt auf Fleisches, mittleres oder grüneres Vermögen, die Blüte der Städte mit ihrer hohen Kultur mit herbeigeführt hat. Und all das, was durch Sparfamili, Fleis, Tüchtigkeit, Intelligenz bis zum Ausbruch des Krieges in den Städten an idealen und materiellen Werten geschaffen worden ist, wird der Versailler Vertrag vernichten; die Politik unserer Feinde geht daraus hinaus, das deutsche Volk wirtschaftlich und politisch tot zu machen. Die Finanzen unserer Städte sind ohne Aenderung dieses Vertrages nie und nimmer in Ordnung zu bringen. Ein heute mit vieler Mühe und Sorgfalt aufgestellter städtischer Voranschlag ist in drei Wochen durch die beständig fortwährende Entwertung des deutschen Geldes vollkommen über den Haufen geworfen. Mit dem Gelde, das die Städte einnehmen, können sie nicht einmal die laufenden Ausgaben bestreiten. Je mehr unser Geld zerfällt, um so schwieriger wird natürlich die Lage der Gemeinden, um so weniger fähig werden sie. Der verlorene Krieg und der Versailler Vertrag haben unsere Gemeinden in ein ungeheueres Elend gebracht. Und wie so manchesmal im Umgang, so finden wir auch hier die Unruhigkeit der Ereignisse. Nicht der Friedensvertrag allein ruiniert unser städtisches Finanzwesen; es trägt dazu nicht unweiglich bei die Politik, die nach dem Zusammenbruch von der Reichsregierung eingeschlagen worden ist. Der Gedanke des Nationalismus sprach damals so stark in verschiedenen Köpfen in Berlin. Heute wissen wir, dass die Meinung: man müsse dem Reich in erster Linie die steuerlichen Hilfsquellen zur Verfügung stellen und die Länder sowohl wie die Gemeinden hätten weit dahinter zurückzustehen, nicht gut war. Damals hieß es bekanntlich, der Zustand vor dem Kriege, dass die direkten Steuern den Ländern und Gemeinden zuzukommen haben und dass das Reich sich mit den indirekten Steuern begnügen müsse, könne nicht aufrecht erhalten werden. Dem ist zuzugeben, aber man hätte eben mit Maß und Ziel vorgehen und hätte nicht das Bad mit samt dem Kind ausgeschüttet dürfen. Zum mindesten hätte man den Ländern gestatten müssen, Zulässige zu den Reichssteuern zu erheben. Die Grundlage aller Besteuerung ist das Einkommen. Die Einkommensteuer zieht nun das Reich für sich ein und gibt den Ländern und Gemeinden daraus Zulässige. Da diese nicht ausreichen, haben wir schon oft genug dargelegt. Diese Zulässigkeit betrachtet mancher und zwar nicht mit Unrecht als einen Umgang; denn sie wird für den Bestand der Gemeinden gefährlich. Die nachrevolutionäre Steuerpolitik verwies die Gemeinden auf die Steuerfindung; sie können Hundertsteuer, Fremdensteuer, Vergnügungssteuer, Wettbewerbssteuer, Grunderwerbssteuer usw. erheben und erheben sie. Wird man nun einen Blick in einen Voranschlag irgend einer badischen Stadt — in anderen Ländern ist es nicht anders —, so sieht man, dass aus dem Ertrag dieser Steuern noch kaum die mit ihrer Bearbeitung beauftragten Beamten bezahlt werden können. Wir haben oben gesagt, manche halten den Umstand, dass die Gemeinden Hofsänger des Reichs geworden sind, für ein Unglück; denn bei verschiedenen Stadtverwaltungen in Nord- und Mitteldeutschland ist ein erheblicher Teil der Verantwortung abhanden gekommen. Es wird dort vielfach nicht mehr so genau und so gewissenhaft wie ehemals gearbeitet; gibt es Fehlbeträge, dann heißt es: "Das Reich zahlt ja!" Dazu hat man die alten erprobten kommunalen Verwaltungsbürokraten ihrer Ämter entbunden und an ihre Stelle nicht selten Leute gesetzt, die von dem Gang einer städtischen Verwaltungsmaschine keine Ahnung haben. In Baden kennen wir erfreulicher Weise ähnliche Fälle kaum. Früher kannten wir steuerfreie Gemeinden in unserem Lande; solche allerdings finden wir heute — und nämlich wie die beste Lupe — allerdings auch keine mehr.

Wie können außer durch Änderung des Versailler Vertrages unsere Gemeindesummanenjaniert werden? Durch Sparsamkeit allein ist dies nicht möglich. Gewiss, Sparsamkeit und zwar äußerste Sparsamkeit ist auf allen in Frage kommenden Gebieten dringendste Notwendigkeit; verschiedenartig sind hier Ansprüche bereits gemacht worden, allein sie genügen noch lange nicht. Die Haushalte ist und bleibt eine grundsätzliche Änderung der Politik des Reiches gegenüber den Gemeinden. Diese müssen finanziell wieder selbstständig gemacht werden, damit sich das Verantwortungsgefühl, das mancherorts abhanden gekommen ist, wieder einstellt, damit die Gemeindeverwaltungen sich wieder daran gewöhnen, jeden Pfennig, den sie ausgeben, zu verantworten.

Wir wiederholen die Forderung: Nur die tüchtigsten, die fähigsten Männer und Frauen für unsere Gemeindeparlamente! Die Arbeit, die in diesen heute geleistet werden muss, ist grundverschieden von jener in den Jahren des Friedens, des Überflusses, der Beliebigkeit; sie ist verantwortungsvoller den je.

M. II

Verschiebung der Brüsseler Konferenz?

* Wien, 19. Okt. (Drahimeldung unseres Berichterstatters.) Dem "Neuen Wiener Tagblatt" wird aus Brüssel gemeldet, dass die Konferenz über das Reparations- und Schuldenproblem mit Rücksicht auf den englischen Wahlkampf und die noch ungelöste Frage, ob Amerika teilnehmen wird, verschoben wird. (Die Frage der Brüsseler Konferenz wurde durch diese Mitteilung noch nicht entschieden sein. Das Zustandekommen dürfte durch den Ausgang des gegenwärtigen Kampfes zwischen England und Frankreich in der Reparationskommission geradezu eine Existenzfrage bedeuten.)

Der französische Reparationsvorschlag.

* Paris, 19. Okt. (Eigener Drahbericht.) An zuständiger französischer Stelle wird erklärt: Alle in der Presse erschienenen Nachrichten über den angeblichen Inhalt der französischen Reparationsentschuldigung sind vollständig unzutreffend. Es bestätigt sich nur, dass die Declarantur ausschließlich die Kontrolle der deutschen Finanzen behandelt und dass alle Reparationsmaßnahmen nach der französischen Auffassung der Entscheidung der verbündeten Regierungen unterbreitet werden sollen. Die Veröffentlichung der "Information" vom Montag über die Bedingungen, unter denen die französische Regierung angeblich den Brüsseler Braburys näher treten würde, bricht vom ersten bis zum letzten Wort auf Kombinationen und entbehrt jeder Begründung.

Frankreich wird energisch. — Die Sehnsucht nach dem Reparationsdiktat.

* Paris, 19. Okt. (Eigene Drahimeldung.) Ein Pariser Blatt glaubt zu wissen, dass die französische Regierung bei Einbringung der Reparationsvorschläge in der Freitagsitzung des Kommissions Jahr bestimmt auftritt und von ihren Forderungen nichts nachlassen werde, es sei denn, dass die Brüsseler Konferenz endgültig beschlossen und noch vor Ende dieses Jahres abgehalten werde. Bis zum 1. Januar möchte die französische Regierung das Reparationsproblem unter allen Umständen gelöst und die Verpflichtungen Deutschlands dictiert leben. Das Blatt fügt hinzu, dass die jetzige Auseinandersetzungen in der Reparationskommission geradezu eine Existenzfrage bedeuten.

Nener Landesvertragsprozess in München.

* München, 19. Okt. (Drahimeldung unseres Berichterstatters.) Vor dem Münchner Gerichtshof begann gestern ein neuer Landesvertragsprozess. Angeklagt ist der Student Gustav Riedinger aus Augsburg, wegen Brüderlichkeit. Er wird beschuldigt, dass er die beiden Hegenauer beim Verbrechen begünstigt hat. Riedinger gehörte während der Räterepublik der roten Armee an, wurde dann wegen Beihilfe zum Hochverrat zu 2 Jahren Festhaft verurteilt. Im Jahre 1920 wurde er mit Bewährungshaft entlassen. Am gleichen Jahre kam er mit Woss in Verbindung und soll ihm behilflich gewesen sein, den Lohn für seine Fehlerei an die Ententekommission, die den in Frage kommenden ausländischen Kriegsgefangenen einzuholen.

Die Strafverjährigung der Leipziger Verurteilten.

* Leipzig, 19. Okt. (Eigener Drahbericht.) Über die Strafverjährigung der im Rathenauprozess zu Freiheitsstrafen verurteilten Angeklagten erfahren wir, dass Ernst Werner Lechow und Günther dem Zuchthaus Sonnenburg, von Salomon und Niedrig dem Zuchthaus Brandenburg aufgeführt werden. Hans G. Lechow und Plaas werden ihre Strafe in Plakette verbüßen, während Tillesen nach der Strafanstalt Tegel überführt wird. Für den Transport der Verurteilten sind besondere Sicherheitsmaßnahmen von der Strafvollzugsbehörde getroffen worden. Gegen Tillesen schwelt bekanntlich ein weiterer Haftbefehl in dem Verfahren gegen die Scheibermann-Attentäter und eine Untersuchung wegen Gefangenensbefreiung.

Polnisch-französische militärische Vereinbarungen.

O. E. Warschau, 17. Okt. (Eigener Drahbericht.) Über das Ergebnis der Pariser Reise des polnischen Generalstabchefs Sitorstis meldet die offizielle polnische Telegraphen-Agentur, in den Verhandlungen Sitorstis mit den Vertretern des französischen Militärwesens sei beschlossen worden, die bisher 90 Offiziere zählende französische Militärmision in Polen allmählich wesentlich zu kürzen. Davor soll die Zahl der polnischen Offiziere, die ihre militärische Ausbildung in Frankreich erhalten, erhöht werden. Die Pariser Verhandlungen haben ferner, nach der offiziellen Meldung, sich auf das Zusammenschließen der Generalsäte beider Länder und auf die Fragen der technischen Hilfsmittel und der Heeresindustrie erstreckt.

* Wien, 19. Okt. (Drahimeldung unseres Berichterstatters.) Die Regierung hat heute im Nationalrat eine Kreditermächtigung von 750 Millionen eingereicht.

Aus unsere Leser!

Der Winter mit dem frühen Einsetzen der Dunkelheit ist für das Trägerpersonal der Zeitungen, die Abends ausgetragen werden müssen, eine besonders anstrengende Jahreszeit. Nicht nur die ungünstige Witterung und die Kälte erschweren das Zeitungstragen, sondern auch die häufig unbelichteten Hausgänge und Treppen hemmen die Trägerinnen in der Schnelligkeit der Zustellung. Eine wesentliche Beschleunigung der Zeitungszustellung wäre zu erreichen, wenn noch häufiger als dies schon der Fall ist, besonders in mehrstöckigen Häusern, Briefkästen im unteren Flur angebracht würden, damit die Trägerinnen nicht bis in die höchsten Stockwerke — möglichst in der Dunkelheit — hinaufsteigen müssen. Auch durch Verabredungen zwischen Abonnenten und Trägerinnen, daß letztere z. B. jedesmal beim Zeitungsaufbringen, an der Tür läuteten, und ganz besonders durch Beleuchtung der Treppen ließe sich viel Zeit ersparen. Für die Stadtbonnenten sei noch besonders bemerklich, daß die schon um 1/2 Uhr auf den Straßen zum Verkauf kommende erste Abendausgabe noch keine Kursnotierungen enthält. Die zweite Ausgabe mit den Kurzeln kann aus technischen Gründen unmöglich vor 5 Uhr gedruckt werden. Häufig wird es aber auch infolge telephonischer Störungen oder Verzögerungen noch später, sodass die eventuell erst nach 6 Uhr erfolgende Zustellung nicht ohne weiteres als ein Verlust der Trägerin angesehen werden kann.

Wir sind überzeugt, daß unsere verehrte Leser für die Schwierigkeiten, mit denen die Trägerinnen besonders in der jetzt beginnenden Jahreszeit und unter den heutigen Verhältnissen zu kämpfen haben, Verständnis zeigen und ihrerseits nach Möglichkeit dazu beitragen, die Aufgabe der Trägerinnen zu erleichtern.

Aus Baden.

Die Triberger Tafperre.

Das Projekt der Errichtung einer großen Tafperre über den bekannten Wasserfällen der Gutach mit angeschlossenen Kraftwerken, das für den ganzen mittleren Schwarzwald ein Werk von ungeahnter wirtschaftlicher Bedeutung hätte werden können, mußte, wie schon kurz berichtet, infolge der Geldmangel als vorläufig unanfängbar angegeben werden, nachdem die Vorarbeiten seit etwa zwei Jahren bereits in praktischer Arbeit im Gang sind. Es sollen aber die laufenden Arbeiten wie Erwerbung der Konzession, Erwerb von Gebäuden usw. weitergeführt werden, sobald die bisherigen Arbeiten für eine spätere Durchführung des Planes vorbereitet werden können. Die Vorarbeiten waren in den Kosten mit rund 770 000 Mark veranschlagt, davon von den Gemeinden Triberg, Hornberg, St. Georgen und Furtwangen noch je 50 000, von Schönach 10 000 Mark und der Rest von den Industriellen ausgebracht werden müssen. Diese Summen werden aber bei einer späteren Ausführung des Werkes zurückgezahlt. Um das Zustandekommen des Planes haben sich Bürgermeister der Pellegrini-Triberg und der fürstlich geforderte Vorsteher der vorbereitenden Kommission August Grieshaber beiderseits Verdienste erworben.

Zie Bauarbeiten des Kalibergwerks.

Die Arbeiten zur Errichtung der Kaliwerke auf der Gemarkung Zuggingen schreiten rüttig vorwärts. Innerhalb weniger Monate ist der erste Bauabschnitt bereits vollzogen worden. Augenscheinlich wird an der Durchdringung der wasserführenden Tiefenlager gearbeitet. Man hofft, in etwa vier Wochen mit diesen Arbeiten zu Ende zu sein, um dann den Schacht, der 800 Meter tief werden muss, durch festes Gestein durchführen zu können. Auch die Probebohrungen für die Niederbringung eines zweiten Schachtes haben bereits begonnen und die Wohngebäude für das Personal des Bergwerks, die Kesselhäuser, Lagerräume usw. sind ebenfalls in Angriff genommen. Finanzminister Köhler, der als Vertreter des badischen Staates stellvertretender Vorsteher des Grubenverbandes ist (an der das Kalibergwerk errichtenden Gesellschaft ist bekanntlich der badische Staat beteiligt), hat in den letzten Tagen die Baustelle besichtigt. Er erklärte, im Interesse der alsbaldigen Verjüngung der badischen Landwirtschaft mit Kali aus den badischen Schichten werde der allgemeine Wert auf möglichst baldige Fertigstellung des Bergwerks gelegt.

Zeitung Amt Bruchsal. 18. Okt. Im Bahn. Eine geflügelte Frau stecke ihre mit Öl begegneten Kleider in Brand und läuft dabei so ehehafte Brandwunden, daß sie bald darauf stirbt.

Kronau. 19. Okt. Der Bürgerausschuß stimmt der Erhebung einer vorläufigen Umlage von 20 M aus 100 M Steuerwert des Eigentums- und Betriebsvermögens zu. Der Gem.-index wird noch wenige Wochen zuvor mit 8 M auszukommen. — Die Kartoffelernte steht gut aus. — Bei der Landwirtschaftserhebung des Konsolid. Bruchsal wurden für kleine Löhne, die früher 8 und 10 M kosteten, 10 000 M und mehr erzielt.

Baden-Baden. 19. Okt. Die Zahl der Kurgäste betrug bis heute 77 462.

Überlingen. 18. Okt. Münster. Für die Fortführung der Erneuerungsarbeiten am Münster, die durch Fehlen der Mittel gefährdet ist, hat der deutsche Gelehrte in Bern den hiesigen Bürgermeister 500 000 M übertragen. Die Arbeiten können nun weitergeführt werden, bis das Reich achtet, was Reichskanzler Dr. Wirth bei seinem kürzlichen Besuch in Aussicht gestellt hat.

Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, 19. Oktober 1922.

Das Mieterfaßgesetz

Im Wohnungsausschuss des Reichstages wurde am Samstag das Mieterfaßgesetz behandelt. Im § 1, der im Grunde das Mietverhältnis gegen den Willen des Mieters nur durch Klage beenden lässt, wurde der Satz gestrichen, wonach eine Rückbildung des Mietverhältnisses durch den Mieter nicht stattfindet. § 2 erhielt nach den Beschüssen des Ausschusses folgende Fassung: „Der Vermieter kann auf Auflösung des Mietverhältnisses klagen, wenn der Mieter oder eine Person, die zu seinem Haustand oder zu seinem Geschäftsbetrieb gehört oder der er den Gebrauch des Mietraumes überlassen hat, sich einer nicht erträglichen Belästigung des Vermieters oder eines Haushaltbewohners schuldig macht oder den Mietraum in unangemessener Weise benutzt oder durch Verhinderung der gebotenen Sorgfalt den Mietraum oder das Gebäude oder die Sicherheit im Gebäude erheblich gefährdet oder wenn die Nutzung des Mietraumes wesentlich über das normale Maß hinausgeht oder wenn der Mieter einem Dritten den Gebrauch des Mietraumes überlässt, obwohl er zur Überlassung nicht befugt ist. Die Auflösung ist nur zulässig, wenn der Mieter ungeachtet einer Abmahnung des Vermieters das Verhalten fortsetzt oder es unterlässt, eine ihm mögliche Abhilfe zu schaffen, oder wenn das Verhalten des Mieters oder einer der vorher genannten Personen ein solches war, daß dem Vermieter die Fortsetzung des Mietverhältnisses nicht zugemutet werden kann.“

Der Karlsruher Leibgrenadier Wilhelm Kroß, der als letzter badischer Kriegsgefangener am Sonntag deutschen Boden betreten hat, wird, wie uns die Kriegsgefangenen-Heimlehrstelle in Stuttgart telexphisch mitteilt, bereits morgen Freitag vormittags 11 Uhr 10 Minuten auf dem hiesigen Hauptbahnhof aus Stuttgart eintreffen. Wie schon mitgeteilt, wird Kroß ein besonderer Empfang bereitet werden.

Beifall der Gräber von Angehörigen in Elsass-Lothringen. Nach Mitteilung des französischen Konsulats in Karlsruhe an die

badische Regierung wird aus Anlaß des Allerheiligsten und Allseelenfestes deutscher Staatsanghörigen die Einreise nach Elsass-Lothringen zum Besuch der Gräber von Angehörigen gestattet. Sie haben zu diesem Zweck ihren deutschen Pass und eine Bescheinigung des Bürgermeisteramts des französischen Zielortes, wonach sich auf dem Friedhof der betreffenden Gemeinde das Grab eines Angehörigen befindet, dem französischen Kontrollbüro in Kehl unmittelbar vorzulegen und eine Gebühr von 5 Franken zu entrichten. Der Aufenthalt wird nur für eine Höchstdauer von 48 Stunden gestattet.

sch. Kaninen-Ausstellung. Der diesjährige Kaninenzuchtvorstand veranstaltete am 14. und 15. Oktober im Gartensaal der Schenck'schen Villa eine Kaninen-Ausstellung. Der Verein war bemüht, möglichst viele Rassen zur Ausstellung zu bringen. Es waren daher auch vertreten: deutsche und englische Schoten, Javaner, Angora, blonde Biener, Niedersächsische Rehkaninen, Alpen-, Deutsche Weiße Riesen, Preußische Kaninchen, beide Riesen, sowie weiße Angorakaninen, beide Angorakaninen, braun. Weder und als Neubau eröffnet. Weder in verschiedenen Rassen als aus Dänemark durch Herrn Diese aussichtlich waren und viel bewundert wurden. Das Material war sehr gut und der Kreisreicher, Herr Arbold von Oerlikon, wollte gewissheitlich leidenschaftlicher. Auch war eine reiche Auswahl von aus Dienststellen hergestellten Gebrauchsgegenständen ausgestellt. Die Ausstellung wurde von Herrn Beringer geleitet und war über die zwei Tage gut besucht, so daß der Verein mit Erfolg auf diese Veranstaltung zurückblicken darf.

S Ein Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und der Straßenbahn erfolgte gestern Nachmittag auf der Kaiserstraße bei der Technischen Hochschule. Am Straßenbahnwagen wurde eine Fensterscheibe zertrümmert. Personen kamen nicht zu Schaden.

S Aufgefunden wurde in verschlossener Nacht in den Anlagen des Salenwaldhofs ein Paket mit Herrenwäsche im Werte von ca. 15 000 Mark. Vermutlich rührten die Gegenstände von einem Diebstahl her.

Die Durlacher Demonstration-Ausschreitungen vor dem Karlsruher Schwurgericht.

11 Personen wegen Landsfriedensbruchs auf der Anklagebank. — Die Vernehmung der Angeklagten.

Vor dem düsteren Schwurgerichtssaal in der Stephanistraße, in dem schon manche menschliche Tragödie entrollt wurde und ihren Abschluß gefunden hat, wartete heute Vormittag schon lange vor Beginn der Verhandlungen zahlreiche Neugierige und Beteiligte auf Einlass. Früher als üblich mied es in dem von zahlreichen Polizeibeamten und Gendarmen überwachten Saal lebendig. Die unerhörten Ausschreitungen in Durlach anlässlich der von den drei Linksparteien veranstalteten Demonstration zum Schutz der Republik aus Anlaß der Ermordung von Rathenau sollen ihre gerichtliche Silbe finden und nicht weniger als 11 Personen, fast ausnahmslos in jugendlichem Alter, sinn wegen Landsfriedensbruch und schwerem Hausfriedensbruch auf der Anklagebank. Erinnerungen unangenehmster Art werden wach, Erinnerungen an jenen 4. Juli 1922, an dem an den verschiedenen Orten des Landes bei diesen Demonstrationen der drei sozialistischen Parteien zum „Schutz der Republik“ verhetzte Menschen wie Bestien häuften, an dem in Singen ein harmloser, friedliebender schwereggshöchstädtiger Offizier auf die unmenschlichste Weise erschlagen wurde, friedliebende Bürger mißhandelt und in Privatwohnungen Verstümmelungen schlimmster Art angerichtet wurden.

Im Saal vor dem Richtertisch steht ein Teil der zertrümmerten Bilderrahmen. Die heutige Vormittagssitzung bringt die Vernehmung der Angeklagten und da ergibt sich ein charakteristisches Bild der angeklagten Demonstranten. Einer davon weiß nach seiner eigenen Aussage, nicht einmal, worum die Demonstration stand und hat sich der demonstrierten Menge einfach angeschlossen, ein großer Teil, kaum Sechzehnjährige, ist aus Neugierde mit, um zu sehen, „was da los ist“. Die Verhandlung bietet das übliche Bild derartiger Ausschreibungsprozesse. Die eigentlich Heiter sind nicht auf der Anklagebank, sondern nur die Verdächtigen. Die Vernehmung der 11 Angeklagten ist nach 1/2 Stunden bereits beendet und das Gericht tritt in die Beweisaufnahme ein. Die ursprünglich auf zwei Tage berechnenden Verhandlungen werden nach Bericht auf eine Anzahl von Zeugen heute noch zu Ende geführt.

Der Verhandlungsbericht.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Wolf, eröffnet kurz nach 9 Uhr die Verhandlung. Wegen Landsfriedensbruch sind folgend 11 Personen angeklagt: Wilhelm Müller, Weißgerber aus Grötzingen, Johann Ebner, Hilfsarbeiter, Max Remmle, Hilfsarbeiter, Heinrich Höfer, Jurist, jämmerlich aus Durlach, Otto Ludwig, Schleifer, Franz Schwander, Hilfsarbeiter, beide aus Durlach-Aue, Hermann Wenz, Metallarbeiter aus Söllingen, Emil Kleinert, Hilfsarbeiter aus Mühlhausen i. E., Friedrich Götz, Schleifer aus Grötzingen, Erwin Rauch, Blechschreiner aus Durlach-Aue und Albert Melcher, Arbeiter aus Durlach. Als Vertreter der Anklage fungiert Oberstaatsanwalt Rudmann. In die Vertheidigung der Angeklagten treten sich die Rechtsanwälte Matzum und Dr. Kirchenbauer. Als Vertreter des Justizministeriums wohnt Oberstaatsanwalt Häßner bei den Verhandlungen bei.

Nach Bildung der Geschworenenbank, bei der somit die Vertheidigung, als auch die Staatsanwaltschaft reichlich Gebrauch von dem Recht der Ablehnung machen, wird die ausführliche Anklageschrift verlesen. Der Vorsitzende ging sodann auf die rechtliche Seite der Strafanzei. Nunmehr wurde in die Vernehmung der Angeklagten eingetreten.

Die Vernehmung der Angeklagten.

Der 17jährige Schleifer Otto Ludwig stand sich, wie aus der Vernehmung hervorging, unter den Leuten, welche über das Gittertor in das Rathaus eingedrungen sind. Der Angeklagte schwärzte nur zögernd den Hergang und erklärte, die Menge habe geschrift, die Bilder mühten heruntergeworfen werden. Er habe sich an der Zerstörung beteiligt, daß er auch etwas gemacht habe. Aus Neugierde sei er in das Rathaus mit eingedrungen.

Ludwig gab zu einer strafbare Handlung begangen zu haben. Der Angeklagte Max Remmle, geb. 1. Juli 1899, schwärzte ebenfalls den Hergang der Demonstration und erklärte, er sei in das Rathaus gegangen um zu sehen, „was für Bilder es sind“. Er habe sich der Menge angeschlossen, ohne Bilder zu zerstören. Der Wert der Bilder sei ihm nicht bekannt gewesen.

Der Angeklagte Kleinert, geb. am 10. März 1904, gab an, er sei mit dem Zug gelauft, habe aber nicht gewußt, zu welchem Zweck die Demonstration sei. Er sei aus Neugierde dann mit in das Rathaus eingedrungen, denn er habe sehen wollen, was sie oben machen. Er habe keine Bilder heruntergeworfen und sich nicht an den Ausschreibungen beteiligt.

Der Angeklagte Friedrich Götz, geboren am 26. Dez. 1889, verheiratet, erklärte, die Arbeiterkraft sei an dem 4. Juli zusammengetreten, um gegen den Tod von Rathenau zu demonstrieren. Das Gittertor am Rathaus sei durch den Druck der Menge aufgegangen. Er sei hinuntergegangen, um auch einmal zu sehen, was los ist. Oben angelommen habe er noch zwei Bilder gekriegt. Er habe Kameras sein Messer gegeben, mit dem Bild aus dem Rahmen geschnitten wurde. Auf die Frage des Vorsitzenden, warum das Bild herausgeschnitten worden sei, meinte der Angeklagte: „Für mich hätte das Bild auch einmal ein Andenken sein können.“ Er lagte noch weiter aus, daß an diesem Tage zehntausend Menschen auf der Straße gewesen, um zu zeigen, „wie einmal geschafft gehört“.

Der Angeklagte Erwin Rauch war zur Zeit der Tat 18 Jahre alt. Er war vor dem Rathaus und behauptet, auf die heruntergeworfenen Bilder von der Menge gestoßen worden zu sein. Er meinte, es seien noch mehr junge Leute dagekommen und er stehe jetzt allein hier.

Der Angeklagte Wilhelm Müller, geboren am 14. Februar 1894, war der erste, der in das Rathaus eingedrungen ist. Er hat die Türe des Raumes aufgebrochen, in den die abgehangten Fürstenbilder gestellt worden sind. Der Angeklagte behauptet, es seien in der Haupt-

Turnen / Spiel / Sport.

Skiwettkämpfe im mittleren Schwarzwald. Die Vereinigten Ortsgruppen des Hohen Schwarzwaldes Triberg, Furtwangen, St. Georgen, Schönwald und Schonach haben als Termin für ihr diesjähriges Skiwettkäufe den 14. Januar 1923 gewählt. Zusammen mit diesen Rennen wird am 15. Januar auch als Sonderlauf der Große Dauerlauf über 30-50 Kilometer abgehalten. Des Weiteren wurde ein Skitechnischer Ausschuss für das Gebiet des mittleren Schwarzwaldes gebildet. Er lebt sich zusammen: Vorarlberg: Karl Maier-Triberg, Schriftführer Romberg-Triberg, ferner die Fahrwarte des dortigen Ortsgruppen Triberg: Ernst Manz, Schönwald: Storz, Furtwangen: Schlageter, St. Georgen: Taaffe, Schonach: Hermann Kuner.

Professor Dr. Kühl †.

Stettin, 18. Okt. Gestern abend starb im Alter von 77 Jahren der bekannte Führer der Deutschen Turnerfamilie, Professor Dr. Hugo Kühl. Mit dem Heimgang Hugo Kühls hat die Deutsche Turnerfamilie einen schweren Verlust erlitten. Mehr denn 40 Jahre gehörte der Verstorben dem Ausschuss der D.T. an. Für seine Verdienste um die D.T. wurde er ein Ehrenmitglied des Ausschusses gewählt. Hugo Kühl wurde am 10. Oktober 1845 in Ansland geboren. Er studierte in Greifswald Philologie. Bei seiner Doktorarbeit 1868 verteidigte er die These, daß das Turnen auf den Universitäten nicht nur praktisch betrieben werden sollte, sondern auch zur Ausbildung von Turnlehrern dienen müsse. Seit 1771 wirkte Kühl als Gymnasiallehrer; seit dem Sommer 1900 war er Stadtschulrat. Den Stettiner Turnverein leitete er seit 1874. Schriftstellerisch betätigte sich Hugo Kühl mehrfach; außer seinen zahlreichen Beiträgen in Zeitschriften sind zu erwähnen: „Geschichte des Turnens“ und zusammen mit F. Gock „Anleitung für den Bau und die Einrichtung deutscher Turnhallen“.

Professor Dr. Kühl †.

Stettin, 18. Okt. Gestern abend starb im Alter von 77 Jahren der bekannte Führer der Deutschen Turnerfamilie, Professor Dr. Hugo Kühl. Mit dem Heimgang Hugo Kühls hat die Deutsche Turnerfamilie einen schweren Verlust erlitten. Mehr denn 40 Jahre gehörte der Verstorben dem Ausschuss der D.T. an. Für seine Verdienste um die D.T. wurde er ein Ehrenmitglied des Ausschusses gewählt. Hugo Kühl wurde am 10. Oktober 1845 in Ansland geboren. Er studierte in Greifswald Philologie. Bei seiner Doktorarbeit 1868 verteidigte er die These, daß das Turnen auf den Universitäten nicht nur praktisch betrieben werden sollte, sondern auch zur Ausbildung von Turnlehrern dienen müsse. Seit 1771 wirkte Kühl als Gymnasiallehrer; seit dem Sommer 1900 war er Stadtschulrat. Den Stettiner Turnverein leitete er seit 1874. Schriftstellerisch betätigte sich Hugo Kühl mehrfach; außer seinen zahlreichen Beiträgen in Zeitschriften sind zu erwähnen: „Geschichte des Turnens“ und zusammen mit F. Gock „Anleitung für den Bau und die Einrichtung deutscher Turnhallen“.

Professor Dr. Kühl †.

Stettin, 18. Okt. Gestern abend starb im Alter von 77 Jahren der bekannte Führer der Deutschen Turnerfamilie, Professor Dr. Hugo Kühl. Mit dem Heimgang Hugo Kühls hat die Deutsche Turnerfamilie einen schweren Verlust erlitten. Mehr denn 40 Jahre gehörte der Verstorben dem Ausschuss der D.T. an. Für seine Verdienste um die D.T. wurde er ein Ehrenmitglied des Ausschusses gewählt. Hugo Kühl wurde am 10. Oktober 1845 in Ansland geboren. Er studierte in Greifswald Philologie. Bei seiner Doktorarbeit 1868 verteidigte er die These, daß das Turnen auf den Universitäten nicht nur praktisch betrieben werden sollte, sondern auch zur Ausbildung von Turnlehrern dienen müsse. Seit 1771 wirkte Kühl als Gymnasiallehrer; seit dem Sommer 1900 war er Stadtschulrat. Den Stettiner Turnverein leitete er seit 1874. Schriftstellerisch betätigte sich Hugo Kühl mehrfach; außer seinen zahlreichen Beiträgen in Zeitschriften sind zu erwähnen: „Geschichte des Turnens“ und zusammen mit F. Gock „Anleitung für den Bau und die Einrichtung deutscher Turnhallen“.

Professor Dr. Kühl †.

Stettin, 18. Okt. Gestern abend starb im Alter von 77 Jahren der bekannte Führer der Deutschen Turnerfamilie, Professor Dr. Hugo Kühl. Mit dem Heimgang Hugo Kühls hat die Deutsche Turnerfamilie einen schweren Verlust erlitten. Mehr denn 40 Jahre gehörte der Verstorben dem Ausschuss der D.T. an. Für seine Verdienste um die D.T. wurde er ein Ehrenmitglied des Ausschusses gewählt. Hugo Kühl wurde am 10. Oktober 1845 in Ansland geboren. Er studierte in Greifswald Philologie. Bei seiner Doktorarbeit 1868 verteidigte er die These, daß das Turnen auf den Universitäten nicht nur praktisch betrieben werden sollte, sondern auch zur Ausbildung von Turnlehrern dienen müsse. Seit 1771 wirkte Kühl als Gymnasiallehrer; seit dem Sommer 1900 war er Stadtschulrat. Den Stettiner Turnverein leitete er seit 1874. Schriftstellerisch betätigte sich Hugo Kühl mehrfach; außer seinen zahlreichen Beiträgen in Zeitschriften sind zu erwähnen: „Geschichte des Turnens“ und zusammen mit F. Gock „Anleitung für den Bau und die Einrichtung deutscher Turnhallen“.

Professor Dr. Kühl †.

Stettin, 18. Okt. Gestern abend starb im Alter von 77 Jahren der bekannte Führer der Deutschen Turnerfamilie, Professor Dr. Hugo Kühl. Mit dem Heimgang Hugo Kühls hat die Deutsche Turnerfamilie einen schweren Verlust erlitten. Mehr denn 40 Jahre gehörte der Verstorben dem Ausschuss der D.T. an. Für seine Verdienste um die D.T. wurde er ein Ehrenmitglied des Ausschusses gewählt. Hugo Kühl wurde am 10. Oktober 1845 in Ansland geboren. Er studierte in Greifswald Philologie. Bei seiner Doktorarbeit 1868 verteidigte er die These, daß das Turnen auf den Universitäten nicht nur praktisch betrieben werden sollte, sondern auch zur Ausbildung von Turnlehrern dienen müsse. Seit 1771 wirkte Kühl als Gymnasiallehrer; seit dem Sommer 1900 war er Stad

